



Presse-Statement

BDI-Pressekonferenz zum Jahresauftakt
17. Januar 2023, 10:00 Uhr
Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29, 10178 Berlin

Siegfried Russwurm
Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V.

Tanja Gönner
Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Bdi-presseteam@bdi.eu

Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, auch ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer Jahresauftakt-Pressekonferenz. Ich freue mich sehr, Sie alle wieder persönlich hier im BDI begrüßen zu können – und das erstmals mit unserer neuen Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner.

Nach gut zwei Wochen 2023 ist es noch nicht zu spät, Ihnen alles Gute für das Neue Jahr zu wünschen!

Wir im BDI freuen uns, seit zwei Monaten gemeinsam mit Frau Gönner an der Spitze der Geschäftsführung unterwegs zu sein. Liebe Frau Gönner, Sie haben sich für den BDI und eine neue spannende und fordernde Aufgabe in einem sich teils dramatisch ändernden Umfeld entschieden. Dieses Umfeld verlangt dem BDI und uns allen eine Menge an Agilität, Intellektualität und Klarheit ab – im Grundsätzlichen genauso wie im Tagesgeschäft. Ich bin sicher, wir sind da ein gutes und entschlossenes Team.

Meine Damen und Herren,
bei unserer Jahresauftaktpressekonferenz vor einem Jahr waren wir halbwegs zuversichtlich, Corona endlich hinter uns zu lassen und allmählich zur Normalität zurückzufinden. Dann kam der 24. Februar. Seitdem ist alles anders – neben allem Leid der Menschen in der Ukraine auch für die Wirtschaft in Deutschland.

Heute ist Russland für uns praktisch kein relevanter Wirtschaftsfaktor mehr, ganz im Gegenteil – es verursacht schwere Verwerfungen für unsere Energieversorgung und negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft insgesamt. Die Welt hat sich binnen nicht mal 12 Monaten drastisch geändert.

Jetzt Mitte Januar macht sich so etwas wie erste Erleichterung in unserem Land breit, den Winter wohl einigermaßen passabel zu überstehen. Klar, jeder – und auch die Industrie – freut sich, dass dieser gefühlte Vorfrühling uns dieses Jahr sehr hilft – bei aller Sorge um die Frage, ob dies ein weiterer Beweis für den Klimawandel ist.

Trotzdem müssen wir realistisch bleiben: Wir sind immer noch in einer sehr kritischen Situation, und einige kalte Wochen können den Füllstand der Gasspeicher drastisch sinken lassen – das haben wir in der kurzen kalten Zeit im

Dezember gesehen. Bei der Energieversorgung vom Wetter abhängig zu sein ist nicht gut.

Seite
3 von 10

Damit komme ich zum Ausblick:

Der BDI rechnet 2023 mit einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Das heißt: Wir erwarten ein Minus von 0,3 Prozent. Dabei gehen wir von einem geteilten Jahr aus: Zunächst überwiegen die rezessiven Tendenzen, ab Frühjahr sollte es aufwärts gehen – endlich wieder.

Wir erwarten im laufenden Jahr einen Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen um real 1 Prozent. Zum Vergleich: Im Jahr 2022 waren es 3,2 Prozent.

Damit wachsen die deutschen Exporte auch im neuen Jahr weniger stark als der globale Handel, der um etwa 1,5 Prozent zulegen dürfte. Erneut verlieren wir Weltmarktanteile.

Es gibt also keinen Grund zur Entwarnung: Mit den weiterhin sehr hohen Energiepreisen gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen gegenüber anderen Regionen der Welt, etwa den USA, wo lokal gefördertes Gas trotz gesunkener Weltmarktpreise für LNG gegenwärtig gerade einmal ein Fünftel so viel kostet wie in Deutschland. Der Kostenfaktor Energie schwächt längst nicht nur energieintensive Unternehmen, sondern hat spürbare Auswirkungen auf die gesamten Wertschöpfungsketten der Industrie.

Unternehmen werden, wo immer möglich, in noch mehr Energieeffizienz investieren. Aber auch das bedeutet Aufwand, der sich oft nicht einfach an die Kunden weitergeben lässt – besonders, wenn das Unternehmen im internationalen Wettbewerb steht. Folglich sind weitere Produktionsverlagerungen nicht auszuschließen.

Ganz nüchtern betrachtet, muss man zwei Perspektiven deutlich unterscheiden: Bleibt die *deutsche Industrie* global erfolgreich? Und bleibt der *Industriestandort Deutschland* erfolgreich? Letzteres ist weitaus weniger sicher als ersteres. Der drastische Energiepreissprung ist dafür eine weitere erhebliche Bedrohung.

Aus vielen Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern weiß ich: Niemand entscheidet sich leichtfertig dagegen, in Deutschland zu investieren. Die Heimattreue gehört für unsere Industrie zur DNA – aber eben auch das Ziel, Kundinnen und Kunden weltweit zufrieden zu stellen. Dafür müssen sich Investitionen rechnen, und das hängt entscheidend von den Rahmenbedingungen vor Ort ab – vom Absatzmarkt, vom Beschaffungsmarkt und von sonstigen Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit, Steuerlast oder auch der Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Eine Entscheidung für einen Standort in Österreich, den USA oder China, um drei Beispiele zu nennen, ist Ergebnis einer sorgfältigen Analyse und Abwägung, aber damit indirekt auch eine Aussage über die Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandorts Deutschland.

Die deutsche Politik hat es in der Hand, Rahmenbedingungen bei uns zu verbessern. Dafür muss die Ampel-Koalition schleunigst vom Krisen- in den Gestaltungsmodus wechseln.

2023 muss zum Jahr der Entscheidung werden – für die Zukunft des Industrielands, Exportlands, Innovationslands Deutschland. Im Fokus steht dabei eine ganzheitliche Energiepolitik.

Fünf Punkte sind uns dabei besonders wichtig:

Erstens: Die Bundesregierung muss sehr schnell die Blockaden für die beschlossenen Preisbremsen für Gas und Strom auflösen – gerade für die energieintensiven Betriebe. Aus den Industrieunternehmen erhalte ich das Feedback, dass viele Betriebe die Energiepreisbremsen aufgrund der zu restriktiven Randbedingungen gar nicht in Anspruch nehmen können. Um es noch einmal klarzustellen: Es geht bei den Energiepreisbremsen nicht um die Rettung von Unternehmen vor der Insolvenz, es geht um die Absicherung gegenüber erratischen Ausschlägen der Energiepreise über das „New Normal“ hinaus – das ist das Mindeste, was der Staat zur Sicherstellung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen tun kann und tun muss.

Dieser Appell geht auch nach Brüssel: Die EU muss das Beihilferecht anpassen, auch unabhängig von der unmittelbaren Krisenhilfe.

Weil die EU auf ein wirtschaftlich starkes Deutschland angewiesen ist, braucht sie auch global wettbewerbsfähige deutsche Unternehmen.

Seite
5 von 10

CO₂-freie Energien müssen bezahlbar sein, beispielsweise durch Klimaschutzverträge zur Nutzung grüner Energie in der Industrie. Diese Verträge müssen jetzt ebenso zügig kommen wie der angekündigte international wettbewerbsfähige Industriestrompreis in Deutschland.

Zweitens muss der Ausbau der erneuerbaren Energien schneller gelingen. Es braucht mehr als eine Verdreifachung des Windenergie- und mehr als eine Verdoppelung des Photovoltaik-Ausbaus bis zum Jahr 2030. Die Zeit rennt weg, und für 2023 erkennen wir erneut wenig Grund zur Zuversicht.

Drittens ist verlässliche Infrastrukturplanung zwingend. Unternehmen müssen wissen, wann sie mit welchen Energieträgern vor Ort rechnen können, um ihre Transformation verlässlich zu planen. Ich muss mich als Unternehmen darauf verlassen können, wann ich einen Hochspannungsanschluss oder den Zugang ans Wasserstoffnetz mit den für mich erforderlichen Mengen und Leistungsdaten erhalte.

Viertens: Wenn Deutschland klimaneutral sein will, geht dies nur mit der Abscheidung und Speicherung von CO₂, Stichwort CCS und CCU. Technisch ist das längst möglich. Es braucht aber die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Hochlauf. Norwegen macht es uns vor. Auch die Erkundung potenzieller Speicherstätten in Deutschland sollte endlich möglich werden.

Fünftens benötigt Deutschland mehr wasserstofffähige Gaskraftwerke. Die deutsche Gaskraftwerksflotte kommt in die Jahre, ihr Durchschnittsalter beträgt 33 Jahre. Investoren bauen überall auf der Welt – nur nicht hierzulande. Es braucht jetzt dringend einen Plan, wie in einer Größenordnung von 40 Gigawatt wasserstofffähige Gaskraftwerke bis 2030 entstehen können – nur mit diesem Zubauvolumen werden wir unabhängig von den Kraftwerken unserer Nachbarn. Andere Kraftwerke – insbesondere die mit Kohle betriebenen – lassen sich erst abschalten, wenn neue Gaskraftwerke fertiggestellt sind. Es ist nun mal so: Wenn

Solar und Wind keinen Strom liefern, sind entsprechende konventionelle Kapazitäten als Back-up zwingend erforderlich.

Seite
6 von 10

Deshalb hilft gegenwärtig jedes Kraftwerk, die Versorgung stabil zu halten – auch ein Kernkraftwerk, denn in dieser Krise zählt jede Kilowattstunde. Ich halte es für verantwortlich, für einen weiteren Brennstoffzyklus Vorkehrungen zu treffen, um handlungsfähig zu bleiben – auch nach dem 15. April.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Jahr bleibt der BDI bei seinem Appell zu Steuersenkungen. Im von Inflation geprägten Jahr 2022 sind die Steuereinnahmen des Staates – also die Steuerlasten von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen – deutlich gewachsen. Die jüngste Steuerschätzung erwartet ein Plus von 6,5 Prozent.

Wir fordern eine Senkung der Steuerlast der Unternehmen auf ein international durchschnittliches Niveau von maximal 25 Prozent. Die **durchschnittliche** Steuerlast von Kapitalgesellschaften **in der EU** liegt bei etwas mehr als 21 Prozent.

Konkret geht es darum, die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer auf die einbehaltenen Gewinne bei Personenunternehmen zu senken und den Solidaritäts-Zuschlag ganz abzuschaffen. Das Ziel ist klar: mehr Investitionen am Standort Deutschland.

Geld allein schießt keine Tore – den Spruch kennen Sie von mir schon. Heißt: Mindestens ebenso wichtig ist, dass Deutschland endlich bürokratische Bremsen löst, nicht neue einbaut – ein aktuelles Beispiel ist die Umsetzung des Anfang Januar in Kraft getretenen Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetzes. Hier steht der BDI ganz klar zu den Zielen des Gesetzes und akzeptiert seine Festlegungen – aber wir brauchen genauso wenig eine Verschärfung durch die Hintertür der bürokratischen Umsetzung wie durch deutlich weiter gehende, lebensferne Regeln eines EU-Gesetzes.

Unser Land muss in vielen Feldern schneller werden. Darauf geht Frau Gönner gleich ein.

Ich möchte nun zu internationalen Themen kommen. Weniger Risiko durch mehr Breite, also Diversifizierung ist heute ein großes Thema in allen Unternehmen. Auf **Effizienz** getrimmte Wertschöpfungsketten haben Kosten und Preise immens senken können, jetzt wird **Resilienz** immer relevanter. Diese hat ihren Preis – und lässt sich nicht von heute auf morgen einführen. Und ganz klar ist: Resilienz heißt nicht Rückzug ins Nationale, sondern breitere internationale Aufstellung.

Dazu gehört selbstverständlich auch weiterhin China. Deshalb begrüßen wir die Arbeit der Bundesregierung an einer China-Strategie, die das Land als Systemrivale und Wettbewerber sieht, aber eben nicht nur: Zugleich verbindet uns mit China das Interesse an der Lösung globaler Probleme, und für viele Branchen der deutschen Industrie ist der riesige chinesische Markt die Chance schlechthin, für die globale Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbare Skalenvorteile zu erreichen.

Einseitige Abhängigkeiten müssen wir abbauen – etwa bei mineralischen Rohstoffen. Auch deshalb muss die EU-Handelspolitik proaktiver werden – vor allem gegenüber weiteren dynamischen Wachstumsmärkten im asiatisch-pazifischen Raum. Ein weiteres Signal wäre das überfällige Inkraftsetzen des EU-Mercosur-Abkommens.

In den USA rechnen wir in diesem Jahr mit einem relativ schwachen BIP-Plus von 0,5 Prozent. Die Regierung Biden steuert massiv gegen – mit dem Inflation Reduction Act IRA. Darauf sollte Europa eine kluge industriepolitische Antwort finden – ohne Säbelrasseln, aber mit klarem Fokus auf Innovationen und Zukunftstechnologien.

Da gibt es noch viel zu tun, Beispiel Mikroelektronik: Die Gefahr ist groß, dass die dringend nötige Aufholjagd der europäischen Halbleiterindustrie ausgebremst wird. Der EU Chips Act ist im Vergleich mit den US Chips and Science Acts schlichtweg nicht ehrgeizig genug.

Auch beim Thema künstliche Intelligenz mache ich mir Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Die Gefahr ist groß, dass die EU KI vor lauter Sorge über theoretisch mögliche Risiken überreguliert und sich damit selbst den Weg zu den großen Chancen der Technologie verbaut.

Was ist also die richtige Antwort auf den Inflation Reduction Act: intelligente, finanzstarke europäische Förderung? Ja, unbedingt. Aber gleichzeitig inhaltliche und regulative Rahmenbedingungen, die globale Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Und bitte parallel dazu intensive Gespräche mit den Amerikanern, um zu gemeinsamen Lösungen unter Freunden zu kommen. In der aktuellen Weltlage ist die transatlantische Kooperation wichtiger denn je.

Meine Damen und Herren, die Krise hält an, aber wir müssen uns ihr nicht ergeben. Rahmenbedingungen lassen sich gestalten –genau das erwarten wir von der Politik.

Nun zu Planungs- und Genehmigungsverfahren, liebe Frau Gönner.

Vielen Dank, Herr Russwurm.

Meine Damen und Herren, auch ich freue mich, nun seit gut 60 Tagen in neuer Funktion und zurück in der Bundeshauptstadt zu sein. Ich freue mich auf Dialog, Gestaltung und Zusammenarbeit im Netzwerk von Politik, Unternehmen und Verband – und selbstverständlich ist der Dialog mit Ihnen für mich ein wesentliches Element meiner Arbeit.

Stichwort Planungs- und Genehmigungsverfahren – das Thema ist mir seit meiner Zeit als Umweltministerin in BaWü leider allzu bekannt. Fast alles dauert viel zu lange. Wir leisten uns Nadelöhre für Versorgungssicherheit und die Transformation der Wirtschaft. Überbordende Komplexität führt zunehmend zu Dysfunktionalität von Staat und Behörden.

Bei einem Gaskraftwerk vergehen viele Jahre, ehe es in Betrieb geht – und noch erschreckender ist: Selbst bei Windrädern dauert es Jahre. Diese Zeit haben wir nicht.

Beim Thema Infrastruktur ringen die Koalitionäre seit einem Jahr um eine Einigung für schnellere Verfahren, um Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Das ist nicht akzeptabel.

Wo bleibt das Deutschland-Tempo, das der Bundeskanzler beschworen hat? Gerade jetzt in der Krise muss die öffentliche Hand alle relevanten Genehmigungen beschleunigen und ab sofort viel schneller entscheiden und umsetzen. Die Geschwindigkeit beim Bau des ersten Flüssiggas-Terminals in Wilhelmshaven muss für alle Investitionen zum Vorbild und Standard werden:

Der BDI fordert von der Bundesregierung die Beschleunigung der Transformation in allen Wirtschaftsbereichen – industrielle Anlagen, Verkehrs- und Digitalinfrastruktur und Energieversorgung. Es geht um Planfeststellungsverfahren, um Anlagenzulassung, um Bau- und Planungsrecht.

Vieles kann, ja muss die sogenannte Fortschrittskoalition jetzt auf den Weg bringen. Politisch verantwortlich ist aber nicht nur der Bund. Bund, Länder und Kommunen müssen wesentlich stärker und vor allem lösungsorientiert

zusammenarbeiten. Zuständigkeits- und Kompetenzstreitigkeiten darf sich das Land nicht weiter leisten.

Seite
10 von 10

Meine Damen und Herren,
erfolgreiche Standort-Politik gelingt am besten, wenn bundesweit trotz diverser Zuständigkeiten einheitliche Regelungen gelten: für bessere Standortfaktoren, für neue Investitionen in Klimaschutz und in den digitalen Wandel – dafür müssen sich in diesem Jahr alle bewegen.

Vielen Dank von uns beiden.